

Deutsche Bank Research spricht von Öko-Diktatur

Von Henrik Paulitz

Begriffe wie Klimakrise, Klimaschutz, Klimaneutralität und European Green Deal gehen heutzutage runter wie Butter. Würde man von wirtschaftlichem Niedergang, Massenarbeitslosigkeit und um sich greifender sozialer Not sprechen, und davon, dass dies offenbar mit undemokratischen Mitteln durchgesetzt werden soll, wäre die Wirkung eventuell eine andere. Doch wer vor einer möglichen Öko-Diktatur warnt, wird nicht ernst genommen.

Nun ist es ausgerechnet ein Volkswirt der Deutsche Bank Research, Eric Heymann, der moniert, dass es keine „ehrliche Debatte“ über den europäischen Grünen Deal und das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 gibt. Wenn die EU-Kommission behauptete, niemand solle auf dem Weg zur Klimaneutralität auf der Strecke bleiben, so gleiche dies „einer Quadratur des Kreises“. Heymann skizziert eine Megakrise, die alles Bisherige in den Schatten

stellt und zu „spürbaren Wohlfahrts- und Arbeitsplatzverlusten“ führen würde. Nüchtern stellt er zudem fest: „Ohne ein gewisses Maß an Ökodiktatur wird es nicht gehen“.

Der Analyst fordert dazu auf, nicht nur abstrakt über Klimaschutz zu sprechen, sondern vielmehr die Konsequenzen ganz konkret durchzudeklinieren, beispielsweise den Gebäudebereich. Letztlich gehe es

auch um „Wahlfreiheiten und Eigentumsrechte“.

Bezüglich des Gebäudebereichs stellte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) unlängst in einer Studie fest, dass die in den vergangenen Jahren verausgabten 0,5 Billionen Euro für Wärmedämm-Maßnahmen fast ohne Effekt waren. Dennoch solle die Wärmedämmung weiter intensiviert werden, empfiehlt das DIW. Geht es dabei wirklich um Klimaschutz?



Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie empfiehlt in einem Strategiepapier für „Fridays For Future“ Forderungen, der Staat solle Gebäudeeigentümern „individuell“ detaillierte Vorschriften für energetische Sanierungen machen und gegebenenfalls „Vorfinanzierungen“ aufzwingen, die dann von den Eigentümern möglicherweise gar nicht zurückbezahlt werden können. Am Ende stellt sich die Frage: Führen Klimaschutzmaßnahmen zur massenhaften „Enteignung der Vermögen kleiner Leute“? In der Tat: Eine „ehrliche Debatte“ ist überfällig.

Unbequeme Realitäten – unbequeme Fragen

Die Deutsche Bank Research¹ hält es für unseriös, wenn der Grüne Deal der EU-Kommission von Dezember 2019 als „eine neue Wachstumsstrategie“ angepriesen wird, mit der die EU zu einer „fairen und wohlhabenden Gesellschaft“ mit einer „ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft“ werden soll, in der im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und „das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist.“ Laut EU-Kommission solle dabei „niemand auf der Strecke bleib[en]“.²

„Das liest sich sehr gut“, kommentiert Heymann von der DB Research. Es könne aber „einen Unterschied zwischen ehrgeizigen und realistischen Zielen geben“. So sei festzustellen, „dass Klimaneutralität in nur 30 Jahren mit den heute verfügbaren und politisch

akzeptierten Technologien nicht erreichbar ist.“ Auch gehöre es „in den Bereich Wunschenken, wenn man Klimaneutralität als Wachstumsstrategie verkaufen möchte.“

„Die kommenden ein bis drei Jahre werden wohl die Jahre der Wahrheit“, so Heymann. „Es wird sich zeigen, ob wir bereit sind für eine ehrliche demokratische Debatte über das Ziel der Klimaneutralität. Wir werden uns unbequeme Fragen stellen und unbequeme Realitäten anerkennen müssen.“

Heymann spricht sich nicht für oder gegen bestimmte Technologien aus, auch nicht für bestimmte „klimapolitische Ziele“. Er plädiert in erster Linie nachdrücklich dafür, sich die Konsequenzen des Ziels „Klimaneutralität“ realistisch vor Augen zu führen:

Wer befürchte, „dass große Teile der Erde durch den Klimawandel unbewohnbar werden und daher Klimaneutralität anstrebt, darf eigentlich keine Technologien a priori ablehnen, die dem Klimaschutz dienen, auch wenn diese risikobehaftet sind. Zu einer ehrlichen Debatte über Klimaneutralität gehören daher auch eine ideologiefreie Risikoabwägung verschiedener Energieträger sowie eine Analyse möglicher Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel.“

Schritte Richtung Öko-Diktatur

Derzeit seien die Folgen der aktuellen Klimapolitik für den Alltag der Menschen „noch relativ abstrakt“ und für die meisten privaten Haushalte noch „erträglich“.

¹ Deutsche Bank Research: [Klimaneutralität - Sind wir bereit für eine ehrliche Debatte?](#) Aktueller Kommentar. Von Eric Heymann. 11. November 2020.

² EU-Kommission: [Der europäische Grüne Deal](#). Mitteilung. Brüssel. 11. Dezember 2019.

Künftig aber müsste für den Weg Richtung Klimaneutralität massiv eingegriffen werden in die Verkehrsmittelwahl, die Größe der Wohnungen und wie diese beheizt werden, den Besitz elektronischer Konsumgüter, wie auch in die Häufigkeit des Verzehr von Fleisch und Südfrüchten.

„Weil wir nicht über ausreichend viele kostengünstige Technologien verfügen, um unseren Lebensstandard CO₂-frei beizubehalten“ müssten CO₂-Preise „massiv steigen, um eine Verhaltensänderung zu erwirken“, so Heymann.

„Alternativ oder als Ergänzung bräuchte man kräftige ordnungspolitische Eingriffe. Ich weiß, Ökodiktatur ist ein böses Wort. Aber wir müssen uns wohl oder übel fragen, welches Maß an Ökodiktatur (Ordnungsrecht) wir für akzeptabel halten, um uns dem Ziel der Klimaneutralität zu nähern.“

Für den Analysten bei der Deutsche Bank Research bedeutet eine strenge Klimapolitik praktisch zwangsläufig: „Ohne ein gewisses Maß an Ökodiktatur wird es nicht gehen“.

Eine ganz praktische Frage illustriert das, so Heymann: „Was machen wir, wenn Hauseigentümer ihre Häuser nicht in Nullemissionshäuser umwandeln wollen oder sie dafür die finanziellen Mittel nicht haben oder wenn dies technisch nicht möglich ist oder wenn sich das für den Eigentümer nicht rechnet?“

Gehen wir dieser Frage nach ..

Eine halbe Billionen Euro für Wärmedämmung ohne Wirkung?

Seit Jahrzehnten schon werden große Hoffnungen in die Wärmedämmung von Gebäuden gesetzt, um den Raumwärmebedarf drastisch abzusenken. Die Deutschen dämmen wie die Weltmeister, so dass nun, im Jahr 2020 umfangreiche Praxiserfahrungen vorliegen:

Der „Wärmemonitor 2019“, eine Studie³ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Essener Energie-Dienstleisters Ista, kommt zum Ergebnis, dass der Heizenergiebedarf je Quadratmeter beheizter Wohnfläche in Wohngebäuden klima- und witterungsbereinigt, also unter Berücksichtigung milder Winter, 2019 ungefähr auf demselben Niveau wie 2010 lag. Im Laufe der Jahre war der Heizenergiebedarf zwar teilweise gesunken, zwischen 2015 und 2018 war er aber sogar wieder angestiegen.

„In den letzten zehn Jahren ist also nicht viel passiert“, konstatiert DIW-Mitarbeiter Jan Stede.

Dies, obwohl nach Angaben der Bundesregierung allein nur von 2010 bis 2018 insgesamt 496 Milliarden Euro – also 0,5 Billionen Euro – in die energetische Gebäudesanierung geflossen sind.

Der Bundestagsabgeordnete Daniel Föst meint dazu: „Die Bundesregierung verbrennt Milliarden völlig wirkungslos im Klimaschutz. Die Kosten für diese verfehlte Politik tragen die Mieter.“

³ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: [Wärmemonitor 2019](#). Klimaziele bei Wohngebäuden trotz sinkender

CO₂-Emissionen derzeit außer Reichweite. DIW Wochenbericht. 30. September 2020. S. 771 u. 780.

Thomas Zinnöcker, CEO des an der Studie beteiligten Energie- und Immobiliendienstleisters Ista, sieht das ähnlich: „Die nüchterne Bilanz von zehn Jahren Gebäudesanierung zeigt: Energetische Sanierung führt nicht automatisch zu weniger CO₂.“⁴

Unverdrossen weitermachen?

Demgegenüber sollen nach Ansicht des DIW energetische Sanierungen „auf jeden Fall“ „noch stärker gefördert“ werden, offenbar ohne die eigenen Studienergebnisse einer (selbst-)kritischen Würdigung zu unterziehen.

Unterm Strich ist nüchtern zu konstatieren, dass die seit den 1970er Jahren propagierten und umfänglich realisierten Gebäudesanierungen nicht dazu geführt haben, den Wärmebedarf wie prognostiziert massiv abzusenkten.

Strategie für Fridays for Future

Dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie geht das alles noch nicht weit genug. In einem Strategiepapier für Fridays for Future⁵ fordert das Institut mehr staatlichen Zwang für energetische Gebäudesanierungen für jedes einzelne Gebäude der Republik:

„Um die Sanierungs- und Wärmeversorgungsmaßnahmen anzustoßen und zu leiten, sollten gebäude-individuelle Sanierungsfahrpläne und Energieberatungen verpflichtend werden.“ Kommunale Energieagenturen sol-

len diese „individuellen Sanierungsfahrpläne“ beschleunigen und Einstiegshürden „für eine ambitionierte energetische Sanierung senken“.

Nach Auffassung des Wuppertal Instituts soll der Staat mit rigiden Instrumentarien zügig durchregieren: „Mit Blick auf den kurzen Umsetzungszeitraum sollten auch weitergehende Maßnahmen und eine andere Rollenverteilung ergebnisoffen geprüft werden, wie beispielsweise die vollständige Übernahme der Verantwortung für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen durch den Staat (Koordinierung: Bund und Länder, Umsetzung: Kommunen) bzw. durch von diesem legitimierte Stellen. Auf Basis der gebäudeindividuellen Sanierungsfahrpläne würden diese Stellen mit dem entsprechenden Vorlauf und in Absprache mit dem Gebäudebesitzer bzw. der Gebäudebesitzerin Planung, Vorfinanzierung und Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen übernehmen und so sicherstellen, dass eine vollständige Sanierung des Gebäudebestandes möglich ist.“

Vor dem Hintergrund, dass sich die 0,5 Billionen-Euro-schweren, „ambitionierten“ energetischen Gebäudesanierungen der vergangenen Jahre selbst nach Begutachtung durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) als weitgehend wirkungslos erwiesen haben, ist dies ein ebenso überraschender wie energietechnisch fragwürdiger Vorstoß.

Mehr noch:

⁴ Focus: [Energiewende wird zum Milliarden-Grab. Deutsche dämmen wie die Weltmeister - andere Maßnahmen wären für das Klima besser.](#) 05.10.2020.

⁵ Wuppertal Institut: [CO₂-neutral bis 2035. Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze.](#) Bericht. Erarbeitet für Fridays for Future. 2020. S. 97 f.

„Vorfinanzierung“

Dass nach Auffassung des Wuppertal Instituts der Staat eine „Vorfinanzierung“ derart energietechnisch diskussionswürdiger Sanierungsmaßnahmen gegenüber „Gebäudebesitzern“ (so die Wortwahl des Instituts) durchsetzen soll, wirft verfassungsrechtliche Fragen auf:

Das könnte darauf hinauslaufen, dass die Gebäudeeigentümer staatlich verordnete Gebäudesanierungen notfalls per Zwangshypothek abbezahlen müssen.

Angesichts der zunehmend „prekären“ wirtschaftlichen Verhältnisse (Weltwirtschaftskrise, abstürzende Mittelschicht, Altersarmut etc.) könnte das am Ende bedeuten, dass viele Menschen ihr Eigenheim und somit eine essentielle Grundlage ihres Lebens und ihrer Altersvorsorge verlieren, weil sie die zwangsweise erwirkten Kredite nicht zurückzahlen können.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang daran, dass nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Lastenausgleichsgesetz alle im Privatvermögen befindlichen Immobilien mit einer Zwangshypothek zu Gunsten der Bundesrepublik Deutschland belastet wurden, welche in den folgenden 30 Jahren durch die Grundstückseigentümer abbezahlt werden musste.

Anders als in den Aufbaujahren nach dem Zweiten Weltkrieg aber wird nun möglicherweise ein wirtschaftlicher Niedergang herbeigeführt.

Da eine Zwangshypothek einer Zwangsvollstreckung ähnelt, kann eine Immobilie ohne weiteres zwangsversteigert werden, wenn ein Eigentümer seine Kreditraten nicht bezahlen kann.

„Eingriffe in Wahlfreiheiten und Eigentumsrechte“

Was als Klimaschutz angepriesen wird, könnte also unterm Strich als Enteignung der Vermögen kleiner Leute Wirklichkeit werden.

Das wirft die Frage auf: Geht es tatsächlich um Klimaschutz oder geht es um die klammheimliche Einführung einer neuen Wirtschaftsordnung, verbunden mit einer neuen Eigentumsordnung?

Was heute als Vermögenssteuer für Superreiche in die öffentliche Diskussion eingebracht wird, könnte morgen schon die Kleinvermögen betreffen.

In diesem Sinne muss man möglicherweise auch den Hinweis von Eric Heymann verstehen, wenn er schreibt, dass eine strenge Klimaschutzpolitik auch zu „Eingriffen in Wahlfreiheiten und Eigentumsrechte“ führen würde.

Wettbewerbsfähigkeit

Der Volkswirt der DB Research warnt im Übrigen auch vor einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit beispielsweise von energieintensiven Unternehmen, wenn die CO₂-Preise in der EU schneller steigen als im Rest der Welt.

„Sind wir bereit, das in Kauf zu nehmen?“, fragt Heymann. „Wohl nein, denn es soll ja niemand auf der Strecke bleiben. Oder wollen wir diese Unternehmen subventionieren, damit sie teure, aber klimafreundliche Technologien einsetzen können? Dauerhaft ist wohl auch diese Option nur schwer umzusetzen,

denn angesichts begrenzter finanzieller Ressourcen können wir nicht alles subventionieren, was dem Klimaschutz dient. Zu einer ehrlichen Debatte zählt, dass jeder Euro, der für Klimaschutz ausgegeben wird, nicht für Bildung, Forschung, das öffentliche Gesundheitssystem, digitale Infrastruktur, innere und äußere Sicherheit, Steuersenkungen oder höhere Renten eingesetzt werden kann.“

Schwere politische Verwerfungen durch Klimaschutzpolitik erwartet

Natürlich würde es Verlierer einer Klimapolitik geben, so Heymann, die sich dramatisch von der heute praktizierten unterscheiden müsste. „Diese Verlierer würde es bei privaten Haushalten und bei Unternehmen geben. Es würde auch zu spürbaren Wohlfahrts- und Arbeitsplatzverlusten kommen. Wenn dies nicht der Fall wäre, wäre Klimaschutz ein leichtes Vorhaben.“

Die DB Research rechnet mit schweren politischen Verwerfungen durch die Klimaschutzpolitik, sowohl innerstaatlich als auch zwischen den Mitgliedsstaaten der EU:

„Natürlich“ würde sich das in der politischen Landschaft widerspiegeln, sowohl national als auch innerhalb der EU. „Es wird Parteien geben, die gegen eine strenge Klimapolitik argumentieren, wenn diese zu stark steigenden Energiepreisen oder Eingriffen in Wahlfreiheiten und Eigentumsrechte führte“, so Heymann. „Und machen wir uns nichts vor: Solche Parteien werden Zuspruch erfahren.“

Auch innerhalb der EU werde es „erhebliche Verteilungskonflikte“ geben, die zu einer

(weiteren) Spaltung der EU beitragen könnten.

„Halten wir eine solche politische Polarisierung aus? Oder werden wir unsere klimapolitischen Ambitionen wieder nach unten anpassen, sobald wir erkennen sollten, dass eine allzu strenge Klimapolitik demokratisch nicht mehrheitsfähig ist?“

Warnungen vor Gefährdung der Demokratie

Es ist nicht die erste Warnung vor einer Gefährdung der Demokratie durch die Klimaschutzpolitik. Einige Beispiele:

[Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier](#) warnte in einer Rede am 27. Oktober 2019 vor denjenigen, die jetzt an der Demokratie Zweifel säen. „Kein Kabinett von Experten und Wissenschaftlern, auch kein Kabinett von Klimaforschern, könnte uns – bei allen unumstößlichen Erkenntnissen – die Zielkonflikte, die schmerzhaften Abwägungen und Auseinandersetzungen abnehmen, die jetzt anstehen“, so Steinmeier.

Auch der [baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann](#) sieht die liberale Demokratie in Gefahr. Mit Blick auf die Automobilindustrie mahnte er: „Auf Strukturwandel sind wir in Deutschland vorbereitet, Strukturbrüche können wir nicht.“

Für den öffentlich-rechtlichen Sender „Phoenix“ (ARD/ZDF) und den Politologen Prof. Wolfgang Merkel indes ist es offenbar schon gar keine Frage mehr, dass eine [nicht-demokratische globale Klimapolitik](#), exekutiert von Regierungen und „Technokraten der großen Organisationen“, bevorsteht, bei der

die demokratisch gewählten Parlamente „keine Rolle“ mehr spielen.

Wohlstand, Freiheit und Demokratie

Unterm Strich stellt sich die Frage, ob die aktuelle „Klimaschutzpolitik“ mit dem Erhalt von Wohlstand, Freiheit und Demokratie vereinbar ist.

Die Frage richtet sich an Politik und Medien, aber auch an die gesamte Bevölkerung sowie in besonderem Maße auch an die Umwelt- und Klimaschutzbewegung.

Die „alte Umweltbewegung“ setzte sich stets für den Erhalt des Wohlstands ein, wie auch für die Stärkung von Grundrechten und Demokratie.

Die „neue Klimaschutzbewegung“ muss sich fragen (lassen), wie sie es damit hält.

Es sollte nachdenklich machen, wenn die Deutsche Bank Research mahnt, Politik, Medien, EU-Kommission und Öffentlichkeit sollten endlich eine „ehrliche Debatte“ führen.

Warum wird diese Debatte nicht geführt? Warum genügt der Stempel „Klimaschutz“ auf jedem x-beliebigen Programm, um diesem blind zuzustimmen oder noch weitere Verschärfungen zu fordern, statt sich mit den Details zu befassen, die möglicherweise Zweifel ergeben könnten, ob die vorgesehenen Maßnahmen noch mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Einklang zu bringen sind?

Offenbar reicht das Stichwort „Klimaschutz“ inzwischen aus, um alle Maßstäbe außer Kraft zu setzen, die bislang galten. Von einer „wehrhaften Demokratie“ ist nur wenig zu spüren.

Gerade in Deutschland sollte man aber sehr wachsam sein, wenn von Beschränkungen der Demokratie die Rede ist.

Mehr zum Thema:

Henrik Paulitz:

[StromMangelWirtschaft](#)

[Warum eine Korrektur der Energiewende nötig ist](#)

Taschenbuch

214 Seiten, Farbdruck

Akademie Bergstraße, 2020

<https://www.akademie-bergstrasse.de/>

ISBN 978-3-981-8525-3-0

